Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 10 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 15 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 163 — Donnerstag, den 16. Juli 1925 — 20. Jahrgang

Die Ursachen des Zusammenbruches von 1918.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses abgeschlossen.

Wie wir erfahren, steht das Erscheinen der endgültigen Publikation des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruches im Herbst 1918 unmittelbar bevor. Nach sechsjähriger Untersuchungsarbeit hat der vierte Unterausschuß seine Untersuchungen über die Ursachen des militärischen Zusammenbruches nunmehr beendet und wird in den nächsten Tagen das Ergebnis seiner Arbeit in drei stattlichen Bänden dem Reichstag vorlegen. Damit erhält zugleich das ganze Publikationswerk des Untersuchungsausschusses seine endgültige Form, denn die jetzt erscheinenden Bände bilden bereits einen bedeutsamen Bestandteil der Gesamtpublikation des Ausschusses. Bekanntlich hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß in der ersten Zeit seiner Tätigkeit, namentlich im Anschluß an die noch erinnerlichen öffentlichen Verhandlungen des Jahres 1919 fortlaufend Sitzungsprotokolle in der Form von Reichstagsdrucksachen veröffentlicht. Später wurden die Veröffentlichungen eingestellt und lediglich noch der erste Abschnitt der vom vierten Unterausschuß eingeforderten Gutachten über den Zusammenbruch gedruckt herausgegeben. Es wurde damals beschlossen, das gesamte Untersuchungsmaterial des Ausschusses in einem monumentalen Werk zusammenzufassen. Entsprechend den vier Unterausschüssen wird dieses Werk, das sich in der Form an die große Aktenpublikation des auswärtigen Amtes anschließt, vier Abteilungen umfassen, von deren vierter die ersten drei sachlich in sich geschlossenen Bände jetzt zur Ausgabe gelangen. Der Titel des Gesamtwerkes lautet:

„Das Werk des Untersuchungsausschusses der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung und des deutschen Reichstags 1919 bis 1926. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden."

Als Herausgeber im Auftrage des deutschen Reichstags zeichnen die Abgeordneten Dr. Walther Schücking und Dr. Peter Spahn in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Gesamtausschusses, die Abgeordneten Dr. Bell, Dr. Breitscheid und Dr. Philipp als Vorsitzende der Unterausschüsse. Als mitwirkende Herausgeber sind genannt der Generalsekretär Dr. Fischer und die Sekretäre des dritten und vierten Unterausschusses Dr. Widmann und Dr. Bloch.

Außenpolitische Debatte.

Wie die Voss. Zeitung meldet, wird die sozialdemokratische Fraktion an den Reichstagspräsidenten die Frage stellen, ob die Regierung sich bereits geäußert habe, wann sie die Interpellation wegen der Außenpolitik zu beantworten gedenke. Da am Mittwoch die Aufwertungsvorlagen verabschiedet würden und für den Rest der Woche nur minderwichtige Vorlagen zur Beratung stünden, so wäre es doch angezeigt, noch im Laufe dieser Woche diese außenpolitische Aussprache vorzunehmen.

Kabinettsberatungen über die Antwortnote.

Berlin, 15. Juli. Nach seiner Rückkehr aus Dresden hatte Reichskanzler Dr. Luther den Blättern zufolge noch gestern abend im Reichstage eine Besprechung mit den Kabinettsmitgliedern, die sich mit laufenden Angelegenheiten befaßte, in der aber auch, wie die Blätter wissen wollen, die deutsche Antwortnote besprochen wurde. Heute soll das Kabinett sich eingehend mit der deutschen Antwortnote beschäftigen, um die Stellungnahme der Reichsregierung festzulegen. Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Donnerstag über den Inhalt der Note verständigt werden, die am Freitag oder Sonnabend dem Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt werden soll und gleichzeitig nach den Informationen des „B. T." und der „Germania" abgesandt werden dürfte.

3. Lesung des Aufwertungsgesetzes am Donnerstag.

Berlin, 15. Juli. Wie der Vorwärts hört, ist die Verteilung der Beschlüsse der zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes nicht so rechtzeitig erfolgt, daß die dritte Lesung bereits heute stattfinden könnte. Reichstagspräsident Löbe wird deshalb heute beantragen, die dritte Lesung auf Donnerstag zu verschieben.

Die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft bei Hindenburg.

Berlin, 14. Juli. Der Reichspräsident empfing heute das Präsidium der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, Gouverneur a. D. Seitz (Deutsche Kolonialgesellschaft), General v. Epp (Deutscher Kolonialkriegerbund), Bezirksamtmann a. D. Geheimrat v. Zastrow (Reichsverband der Kolonialdeutschen), sowie Gouverneur a. D. Meyer-Waldeck (Aktionsausschuß) und nahm deren Bericht über den unlängst erfolgten Zusammenschluß der Kolonialvereine usw. zur Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft und über die Ziele und Arbeit dieses Verbandes entgegen.

Die National-Sozialistische Fraktion im Münchener Stadtrat hat sich aufgelöst.

München, 14. Juli. In der heutigen Vormittagssitzung des Münchener Stadtrates teilte der Vorsitzende der Münchener National-Sozialistischen Stadtratsfraktion Gewerberat Mayr in einer Zuschrift mit, daß er den Vorsitz der National-Sozialistischen Stadtratsfraktion niedergelegt habe und seinen Austritt aus dem Stadtrat erkläre. Gleichzeitig wurde in der Sitzung ein Schreiben des Dr. Buckley bekannt gegeben, daß sich die derzeitige National-Sozialistische Fraktion im Münchener Stadtrat aufgelöst habe. In geheimer Sitzung hat der Stadtrat mit allen gegen vier Stimmen der Kommunisten und eine Stimme der National-Sozialisten es für unzulässig erklärt, daß ein Mitglied des Stadtrates einem „Befehl einer außenstehenden Persönlichkeit (genannt wurde in der Aussprache der Name Adolf Hitler) zur Mandatsniederlegung" Folge leiste. Dem Vernehmen nach ist das Verlangen Adolf Hitlers nach dem Rücktritt des Gewerberates Mayer darauf zurückzuführen, daß die National-Sozialistische Stadtratsfraktion bei der letzten Haushaltplanberatung mit den bürgerlichen Parteien für den Gemeindehaushalt gestimmt hat.

Fez bedroht.

Madrid, 14. Juli. Nach einem vom Sol veröffentlichten, von der Militärzensur gebilligten Privattelegramm aus Larrasch ist Fez von den Kabylen bedroht.

Polnische Schulbeschwerden.

Der Landtagsabgeordnete Paczewski (Pole) hatte in einer kleinen Anfrage auf Ausführungen des Vertreters des Kultusministers im Preußischen Unterrichtsausschuß, wonach die Bestimmungen über die Einführung des polnischen Lese- und Schreibunterrichts in den Volksschulen des Reg.-Bezirks Allenstein loyal durchgeführt würden, diese Tatsache bestritten und im Anschluß hieran Auskunft über die Art der Erteilung des polnischen Unterrichts verlangt. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß der Erlaß vom 31. Dezember 1919 über den unter bestimmten Voraussetzungen zu erteilenden polnischen Unterricht an öffentlichen Volksschulen von der Regierung in Allenstein ordnungsmäßig ausgeführt worden ist; besonderer ministerieller Anordnungen bedurfte es hierzu nicht. — Nach sorgfältigst vorgenommenen Feststellungen aus jüngster Zeit liegen aus drei Schulverbänden des Bezirks Allenstein Anträge auf Einführung des polnischen Unterrichts für mehr als zwölf Kinder vor. Die in Frage kommenden Schulverbände haben die Tragung der Kosten wiederum abgelehnt, aus diesem Grunde wurde das Anforderungsverfahren eingeleitet. Die Lösung der Lehrer- und Lehrbücherfrage ist vorbereitet und wird ohne erhebliche Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

Journalistischer und kommerzieller Faschismus.

Athen, 14. Juli. Die Belgrader Zeitung Politika veröffentliche vor kurzem einen Brief aus Saloniki, in dem behauptet wurde, daß die griechische Presse und hauptsächlich die Presse in Saloniki auf ihre feindliche Haltung gegenüber Serbien nicht verzichtet habe, und daß die griechischen Kaufleute eine Taktik des kommerziellen Faschismus anwenden. Die in französischer Sprache erscheinende Zeitung „Progres de Salonique" stellt diese Behauptungen entschieden in Abrede, denen übrigens auch von serbischen Persönlichkeiten wie von dem Direktor der serbischen Handelskammer in Saloniki und von dem Direktor der freien jugoslawischen Zone in derselben Stadt widersprochen worden ist.

Rakowsky über die Beziehungen zwischen England und Rußland.

Reuter veröffentlicht eine Unterredung mit Rakowsky, in der dieser mitteilte, daß bei seiner gestrigen Unterredung mit Chamberlain die Frage eines Bruchs mit der russischen Regierung nicht erörtert wurde. Daraus ziehe er jedoch keineswegs den Schluß, daß die Beziehungen zwischen der russischen und der britischen Regierung vollkommen normal seien. Dies zu behaupten, würde bedeuten, die öffentliche Meinung in Rußland und England irre zu führen. Es bestehe eine Krise. Diese Krise sei tatsächlich chronisch. Die russische öffentliche Meinung sei der Ansicht, daß in Rußland niemand vorhanden sei, der nicht die Schaffung vollkommen normaler Beziehungen zu England wünsche. Nicht ein einziges russisches Blatt führe ein Feldzug zugunsten eines Abbruchs der Beziehungen. In England dagegen habe ein Teil der öffentlichen Meinung dauernd eine geladene Pistole, die sich gegen die Sowjetunion richte.

Deutscher Brief aus Rio Grande de Sul.

Die Revolution ist vorläufig im Staate beendet. Die schnell errichteten Hilfskorps der Regierung werden allmählich abgebaut, die Rebellen und vor allem die Führer haben den Boden, auf dem sie Lorbeeren und Reichtum zu ernten hofften, verlassen und befinden sich zumeist in Argentinien und Paraguay. Uruguay kommt für sie nicht mehr so in Frage, da die brasilianische Bundesregierung mit der uruguayschen einen Vertrag abgeschlossen hat, demzufolge diese bei Erhebungen sofort gegen den andern Staat bedrohende Elemente einschreitet. Trotzdem kommt in Rio Grande noch kein rechtes Leben, besonders in geschäftlicher Hinsicht, wieder auf, ja das Geschäft geht sogar eher flauer als während der Revolutionsmonate. Es fehlt eben das Zutrauen in den Bestand der Verhältnisse. Gerade in den Tagen, wo die Bundesregierung erklärte, es befände sich kein Rebell mehr auf brasilianischem Boden (2. Mai), da die letzten aus Parana vertrieben seien, brach wieder in Rio ein allerdings schnell unterdrückter Putsch aus, in den hervorragende Politiker verwickelt waren. Es wurde von bei früheren Unruhen gefangen gesetzten Offizieren, die aus der Haft sich befreit hatten, ein kindischer Versuch gemacht, die Kaserne eines Regimentes in Rio zu stürmen und das Regiment zur Meuterei zu veranlassen. Man versteht es, daß die Regierung den Belagerungszustand schon vor diesem Ereignis für 10 Staaten bis zum Ende des Jahres verlängert hat; aber gerade diese Maßnahme hat die Unsicherheit vermehrt und das Zutrauen der Geschäftswelt gelähmt. Viele Häuser in Porto Alegre können sich z. B. nicht entschließen, wieder Reisende herauszuschicken, da sie 1923 und 1924 durch die Revolution Schaden erlitten haben und nicht nochmals etwas einbüßen wollen. Die kleineren Industrien im Hinterland wieder haben mit einem Arbeitermangel zu kämpfen, der stellenweise geradezu krisenhaft ist; die Löhne sind so gering, daß alles darnach trachtet, selbständig zu werden, und zwar, infolge der hohen Lebensmittelpreise, als Kolonist. In den Städten nimmt der Zusammenschluß der Arbeiter in Organisationen, zum Teil recht radikaler Art, zu; in Pelotas und Porto Alegre waren Streiks der Hafenarbeiter und Verkehrsangestellten und -arbeiter, die zwar schnell verliefen und den Streikenden — bedauerlicherweise — keine bedeutende Erhöhung einbrachten, aber doch in der Form ein Novum darstellten. In Porto Alegre wurden die Straßenbahnwagen von bewaffnetem Militär begleitet.

Dem deutschen Kolonistengebiet hat die Revolution indes indirekt einen Dienst erwiesen, wie ja alles immer seine Kehrseite hat. Einmal ist ein engerer Zusammenschluß durch den Selbstschutz erfolgt, sodann wird aus militärischen Gründen jetzt ein wichtiger Verbindungsweg, der von Neu-Württemberg über Palmeira nach der neuen Kolonie Direktor Faulhabers, Porto Feliz, geht, mit Hochdruck in Angriff genommen. Da sich dort ein fast rein deutsches Siedlungsgebiet auf Catharinenser Gebiet entwickelt, in dem sich sehr viele reichsdeutsche und riograndenser deutsche Kolonisten niederlassen, ist dieser Weg eine Lebensfrage für das hiesige und dortige Deutschtum. Die entgegenstehenden Interessen Privater sind durch den Druck der Regierung jetzt mit einem Schlag beseitigt. Der katholische deutsche Volksverein hat in der Kolonie Porto Feliz (Chapeco-Prepery) letzthin mehrere tausend Kolonielose erworben.

Auf ihrer letzten Tagung in Santa Cruz hat dieselbe Organisation zwei andere wichtige Fragen der Lösung nähergebracht: einmal die Gründung eines Leprosenheims, das besonders für die Gegend von Santa Cruz, wo der entsetzliche Aussatz schon endemisch genannt werden kann, von höchster Bedeutung ist, aber auch für die Serra-Region und für die alten Kolonien äußerst wünschenswert ist, da sich auch hier immer mehr die furchtbare Geißel zeigt. Sodann hat der bekannte Arzt Dr. Schlatter in Verbindung mit dem Volksverein ein Komitee zur Errichtung einer Hebammenlehranstalt, die für das gesamte Koloniegebiet dringend notwendig ist, gegründet. Die Anstalt soll entweder nach Neu-Hamburg oder nach Santo Angelo kommen. In den beiden Komitees, sowohl für das Leprosenheim, zu dem der Staat schon eine erhebliche Unterstützung zugesagt hat, als auch für die Hebammenlehranstalt sitzen Vertreter beider Konfessionen, und die Anstalten selbst sollen ohne Unterschied der Nation oder Konfession allen zugutekommen. Außer nach Santa Catharina in das neu erschlossene Koloniegebiet ist ein stärkerer Wegzug deutscher Kolonisten aus Riogrande zurzeit nur nach Paraguay zu bemerken; so sind 20—30 Familien aus Guarany nach Mahnhausen gezogen. Ueber die argentinischen Kolonien am Alto Parana sind allerhand ungünstige Nachrichten von hiesigen Auswanderern gekommen, sodaß nach dorthin kein starker Zug zu bemerken ist.

Zu erwähnen wäre noch, daß im Munizip Ijuhy jetzt ein ehemaliger Reichsdeutscher, gebürtiger Dresdner, Herr Alfred Steglich zum Intendenten (etwa Landrat) gewählt und bestätigt ist. Der neue Intendent kam im Alter von 17 Jahren seinerzeit ins Land, tat sich dann schon in der Revolution in den neunziger Jahren als Organisator eines Kolonieschutzes im alten Koloniegebiet hervor und ist bereits früher in einem Munizip zum obersten Beamten gewählt worden. Damals wurde ihm indes, als einem gebürtigen Reichsdeutschen, die Bestätigung versagt, die er jetzt erhalten hat. Dr. [illegible]